

A stylized map of Israel composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest.

## Israels neue Regierung

### Kein Frieden, keine Reformen?

**WERNER PUSCHRA**

Juni 2015

- Zum ersten Mal seit 16 Jahren wird Israel von einer Koalition ausschließlich aus Rechtsparteien regiert. Die neue Regierung unter Premierminister Benjamin Netanyahu kann aber nur auf 61 von 120 Knesset-Sitzen zählen. Sie ist damit bei jeder Abstimmung gefährdet und in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt.
- Das linke Lager aus Zionistischer Union und Meretz sowie die Vereinigte Arabische Liste sind aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen und bilden zusammen mit der liberalen Partei Yesh Atid eine starke Opposition.
- Die Vorhaben der Koalition schließen die Rücknahme verschiedener Gesetze aus der vorherigen Legislaturperiode ein und beinhalten die Verschärfung der Zulassungsvorschriften für Nicht-Regierungsorganisationen, die Einschränkung der Unabhängigkeit der Justiz und die Einschränkung der Medienfreiheit.
- Die neue Regierung gibt keinen Anlass zu großer Hoffnung auf Bewegung im Friedensprozess. Während des Wahlkampfes distanzierte sich Netanyahu von der Zwei-Staaten-Lösung. Minister Bennett forderte sogar die Annexion der C-Gebiete, andere Kandidat\_innen der Koalitionsparteien sprachen immer wieder von einem Großisrael einschließlich der Westbank.



## Inhalt

<b>Was führte zu den Wahlen?</b> .....	<b>2</b>
<b>Das Ergebnis der Wahlen</b> .....	<b>2</b>
<b>Der Wahlkampf der Linken: Falsch aufgestellt?</b> .....	<b>4</b>
<b>Die neue Regierung: Fragiles Bündnis der rechten Parteien</b> .....	<b>4</b>
<b>Wiederbelebung des Nahostfriedensprozesses?</b> .....	<b>5</b>
<b>Kritische Sicht der Außen- und Sicherheitspolitik</b> .....	<b>6</b>
<b>Das Verhältnis zwischen Juden und Arabern in Israel</b> .....	<b>7</b>
<b>Jüdisches Nationalstaatsgesetz wieder auf der Tagesordnung</b> .....	<b>8</b>
<b>Die wirtschaftliche Lage und Reformen</b> .....	<b>8</b>
<b>Die Alternativen von Arbeitspartei und Meretz zur Regierung</b> .....	<b>9</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>10</b>

Am 14. Mai 2015 wurde in Israel eine neue Regierung mit Benjamin Netanyahu als altem und neuem Ministerpräsidenten vereidigt. Nach 1996–1999, 2009–2013 und 2013–2015 ist er nun zum vierten Mal israelischer Premier, seit 2009 ununterbrochen. Damit ist Netanyahu insgesamt mehr als neun Jahre im Amt. Nur David Ben-Gurion war mit über 13 Jahren länger im Amt.

Zum ersten Mal seit 16 Jahren regiert eine Koalition nur aus Rechtsparteien das Land. Es ist die 34. Regierung in der 67-jährigen Geschichte Israels. Die Koalitionspartner sind, neben dem rechtsnationalen Likud, die beiden ultra-orthodoxen Parteien Shas und Vereinigtes Torah-Judentum, die aus dem Likud hervorgegangene Mitte-rechts-Partei Kulanu und die national-religiöse Partei »Jüdisches Heim« (*HaBayit HaYehudi*). Die neue Regierung kann allerdings nur auf 61 der 120 Sitze in der Knesset zählen, weil der Vorsitzende der rechtsgerichteten Partei »Unser Haus Israel«, Avigdor Lieberman, wenige Tage vor Ablauf der Frist zur Regierungsbildung überraschend seinen Verzicht auf einen Regierungsbeitritt bekannt gab. Lieberman bezeichnete die neue Regierung als opportunistisch und positionierte sich deutlich weiter rechts.

Um diese Regierungskoalition zusammenzustellen, benötigte Netanyahu die maximalen Fristen, die das Gesetz vorschreibt. Die neue Regierung konnte erst zwei Monate nach dem Wahltermin und über fünf Monate nach Auflösung der Knesset ihre Arbeit aufnehmen.

### Was führte zu den Wahlen?

Bei den Wahlen vom 17. März 2015 handelte es sich um vorgezogene Neuwahlen. Die regulären Wahlen hätten erst am 7. November 2017 stattfinden sollen, aber wie so oft in der Geschichte Israels hielt die alte Regierungskoalition nicht einmal zwei Jahre. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition begannen bereits Anfang 2014, als sich abzeichnete, dass es unterschiedliche Auffassungen zur Kerry-Initiative und zu den Friedensverhandlungen zwischen der Justizministerin Tzipi Livni von HaTnuah, und den anderen Regierungsparteien gab. Die Differenzen setzten sich während des 50-Tage-Krieges gegen die Hamas vom Sommer 2014 fort.

Nach dem Ende des Krieges gegen die Hamas wurden die Spekulationen über vorzeitige Neuwahlen heftiger,

weil die Kosten des Krieges den Haushalt belasteten. Die israelische Armee hatte eine Erhöhung ihres Budgets gefordert, die durch eine generelle zweiprozentige Kürzung aller anderen Haushalte finanziert werden sollte, um eine Steuererhöhung zu vermeiden. Finanzminister Lapid hatte sich strikt gegen eine Steuererhöhung ausgesprochen und wollte die Erhöhung durch eine Defizitsteigerung finanzieren.

Anfang Dezember 2014 löste Netanyahu die Regierungskoalition mit Yesh Atid und HaTnuah auf und entließ Finanzminister Yair Lapid und Justizministerin Tzipi Livni aus ihren Ämtern. Netanyahu warf beiden vor, offen gegen ihn zu rebellieren und damit die Regierungsfähigkeit zu untergraben. Die zentrale Kontroverse drehte sich um den von Netanyahu befürworteten Gesetzentwurf, mit dem Israel zum ausschließlich jüdischen Nationalstaat erklärt werden sollte. Lapid und Livni stellten sich im Kabinett gegen dieses Vorhaben.

Weitere Kontroversen innerhalb der Regierung gingen um die Fortführung des Friedensprozesses, selbst nach Scheitern der Kerry-Initiative. Livni hatte sich gegen den Willen Netanyahus mit dem PLO-Vorsitzenden Mahmud Abbas getroffen, um die Gesprächskanäle offen zu halten. Auch die von Lapid vorgeschlagenen Maßnahmen zur Senkung der Wohnungspreise stießen auf den Widerstand Netanyahus.

Ein besonderes Ärgernis für Netanyahu war das sogenannte Israel-Hayom-Gesetz. *Israel Hayom* ist eine Tageszeitung, die kostenlos in Millionenaufgabe verteilt wird. Sie gilt als Hausblatt von Netanyahu und wird vom amerikanischen Multimilliardär Sheldon Adelson finanziert. Das vorgeschlagene Gesetz untersagte die kostenlose Verteilung von Presseorganen aus Wettbewerbsgründen. Der Gesetzentwurf wurde von allen Regierungsparteien außer dem Likud unterstützt und wurde in einer vorläufigen Abstimmung mehrheitlich angenommen. Über diese und die anderen genannten Konflikte zwischen den Regierungsparteien zerbrach schließlich die Regierung.

### Das Ergebnis der Wahlen

Die vorzeitigen Wahlen endeten mit Überraschungen:

- Der bisherige Premierminister Benjamin Netanyahu wurde mit deutlichem Vorsprung Wahlsieger und seine Likud-Partei bekam 30 Sitze.

- Das Wahlbündnis aus Arbeitspartei (*Awoda*) und HaTnuah, das sich »Zionistische Union« nannte, wurde mit 24 Sitzen und damit deutlichem Abstand zweitstärkste Partei.
- Die neu gegründete Vereinigte Arabische Liste wurde mit 13 Sitzen drittstärkste Partei.

Noch eine Woche vor den Wahlen hatten alle Umfragen die Zionistische Union unter der Führung von Isaac Herzog vorne gesehen, während Likud drohte, weniger als 20 Sitze zu bekommen. Netanyahu verschärfte seinen Wahlkampf in den letzten Tagen und Stunden vor der Wahl noch einmal drastisch und warnte in starken Worten vor den Bedrohungen durch eine linke Regierung unter Einschluss der Vereinigten Arabischen Liste. Sein gesamter Wahlkampf war darauf ausgerichtet, ein Gefühl der Angst und Bedrohung Israels von außen durch die Entwicklungen in der Region zu schüren. Diese Entwicklungen sind zum Teil durchaus real, beispielsweise der Aufstieg des sogenannten Islamischen Staates, die Haltung islamistischer Gruppen wie Hamas oder Hisbollah zu Israel und natürlich das umstrittene Atomprogramm des Iran. Diese Strategie zur Mobilisierung der Wähler\_innen war äußerst erfolgreich. Auch Wähler\_innen, die eigentlich Probleme mit Netanyahu haben, hatten offensichtlich das Gefühl, dass nur dieser in der Lage wäre, die Sicherheit des Landes und seiner Menschen angesichts dieser regionalen Bedrohungslage zu garantieren.

Netanyahu hat es mit dieser Ausrichtung des Wahlkampfes allerdings nicht geschafft, das rechte Lager insgesamt zu stärken; Likud gewann seine zusätzlichen Stimmen ausschließlich durch Stimmenwanderung von anderen rechten Parteien, die dadurch massiv geschwächt wurden. Diese verloren insgesamt 16 Sitze, von denen 12 an den Likud gingen. Gegenüber den Wahlen von 2013 haben die rechten Parteien insgesamt vier Knesset-Sitze weniger erhalten. Gestärkt wurden die Parteien in der Mitte (Yesh Atid und Kulanu), die zusammen auf 21 Sitze kamen. Allerdings kam es auch zwischen diesen beiden Parteien zu massiven Stimmenverschiebungen. Yesh Atid verlor acht Sitze und die neue Partei Kulanu bekam zehn Sitze, wodurch sie nun zweitstärkste Partei in der Regierungskoalition ist.

Das linke Lager (Zionistische Union und Meretz) kam insgesamt auf 29 Sitze und damit auf zwei mehr als 2013. Meretz hat den Einzug in die Knesset mit fünf Sitzen nur ganz knapp geschafft.

Die Wahlbeteiligung war mit 72,3 Prozent um 4,6 Prozentpunkte höher als 2013 und die höchste seit 1999. In sieben der zehn größten Städte Israels konnte der Likud die Wahlen für sich entscheiden, während dies 2013 noch in acht von zehn Städten der Fall war. Neben Tel Aviv konnte die Zionistische Union in Haifa die Wahlen gewinnen. In Bnei Brak, Teil des Tel-Aviv-Distrikts und Zentrum des ultra-orthodoxen Judentums, wurde die Partei Vereinigtes Torah-Judentum mit 60 Prozent der Stimmen stärkste Partei.

Der Likud konnte in Jerusalem Stimmen gewinnen, stagnierte jedoch in Tel Aviv, Holon und Bnei Brak und verlor Stimmen in Haifa, Rishon LeTzion, Ashdod, Petah Tikva, Beer Sheva und Netanya. Die Zionistische Union gewann Stimmen in acht der zehn größten Städte dazu, verlor jedoch Stimmen in Ashdod und Beer Sheva, beides im Negev. Die größten Gewinne hatte die Zionistische Union in Tel Aviv mit zehn Prozentpunkten zu verzeichnen, was Beobachter\_innen zu der Aussage verleitete, Herzog sei als Ministerpräsident der Republik Tel Aviv gewählt worden.

Die größte Überraschung der Wahlen war der Erfolg der Vereinigten Arabischen Liste. Sie wurde drittstärkste Partei und gewann zwei Sitze hinzu. Die Repräsentation arabischer Abgeordneter in der Knesset stieg damit auf 13,3 Prozent einschließlich der arabischen Abgeordneten der anderen Parteien. Die Wahlbeteiligung der arabischen Bürger\_innen stieg um sieben Prozentpunkte auf 63,5 Prozent und erreichte in Sakhnin mit 81,6 Prozent einen der höchsten Werte des Landes. Die Vereinigte Liste konnte 80 Prozent der arabischen Stimmen auf sich vereinigen.

29 Frauen wurden in die Knesset gewählt, die höchste Zahl seit Gründung des Staates Israel. 39 Abgeordnete sind zum ersten Mal in die Knesset gewählt worden.

In diesem Wahlkampf wurde deutlich, dass in Israel ein Richtungskampf über zwei Zukunftsvisionen geführt wird. Die Rechte setzt auf ein Großisrael und ist bereit zu akzeptieren, dass das Land sich isoliert und von der internationalen Gemeinschaft zunehmend als Festung wahrgenommen wird. Die Linke sieht die Zukunft Israels dagegen als globale Drehscheibe und als festen Teil der westlichen Wirtschaft und der demokratischen Wertegemeinschaft.

## Der Wahlkampf der Linken: Falsch aufgestellt?

Die linken Parteien haben im Wahlkampf das Problem der ökonomischen und sozialen Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile thematisiert. Dafür gibt es gute Gründe: 20 Prozent der Israelis leben unter der Armutsgrenze, 30 Prozent der Kinder wachsen in armen Haushalten auf, die Preise steigen, Wohnungen sind knapp. Vor diesem Hintergrund verstehen viele nicht, dass 20 Prozent der neuen Wohnungen in israelischen Siedlungen im Westjordanland gebaut werden und nicht im israelischen Kernland.

Das Land ist seit Anfang der 1990er-Jahre zu einem Land mit extremen Einkommens- und Vermögensungleichheiten geworden, vergleichbar mit den Entwicklungen in den USA. Vor diesem Hintergrund hat die Linke auf die einzige Stärke gesetzt, die sie gegenwärtig hat. Diese Strategie war auch durchaus erfolgreich, nur hat sie nicht zum Sieg gereicht. Eine parteiinterne Aufarbeitung des Wahlergebnisses gibt es bisher nicht, aber öffentliche Debatten werden geführt.

Die Linke weiß, dass sie mit dem Thema Frieden und Zwei-Staaten-Lösung derzeit keine Wahlen gewinnen kann. Der Friedensprozess mit den Palästinenser\_innen oder die Bedrohung durch den Iran wurden in ihrem Wahlkampf ganz bewusst nicht in den Vordergrund gestellt. Herzog hatte am Rande einige Male darüber gesprochen, aber zugleich gewarnt, keine falschen Erwartungen wecken zu wollen.

Der Erfolg der Vereinigten Arabischen Liste hat auf die Regierungsbildung keine Auswirkungen gehabt. Die Vereinigte Liste kam zustande, weil die Sperrklausel von der alten Regierungskoalition auf 3,25 Prozent angehoben wurde, um vor allem die arabischen Parteien aus der Knesset herauszuhalten. Nur durch den Zusammenschluss gelang es, dieses Vorhaben zu konterkarieren. Für die Zukunft der israelischen Demokratie ist dies eine gute Entwicklung.

Das gute Ergebnis des arabischen Parteienbündnisses zeigt klar, dass israelische Araber\_innen mehr und mehr gleichberechtigt am politischen Prozess des Landes teilnehmen wollen. Der arabische Faktor ist aus der israelischen Demokratie nach dieser Wahl nicht mehr wegzudenken. Dies wird auch längerfristige Änderungen zur Folge haben.

## Die neue Regierung: Fragiles Bündnis der rechten Parteien

In diesem Jahr fallen 50 Jahre Aufnahme der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen zusammen mit der Bildung einer neuen Regierung in Israel. Die neue Regierung ist stark rechts ausgerichtet. Sie wird einige zentrale Parameter der israelischen Politik nach rechts verschieben und damit die Kluft zu den von Deutschland verfolgten politischen Werten und Zielen vergrößern. Das betrifft eine Zwei-Staaten-Lösung mit den Palästinenser\_innen auf der Grundlage von Verhandlungen, die demokratische Entwicklung in Israel sowie das Verhältnis der jüdischen Mehrheit zur arabischen Minderheit. Ebenso betrifft es die Unabhängigkeit der Justiz und der Medien.

Die Regierungsbildung zog sich lange hin und war für den Likud und Netanyahu nicht einfach. Die Koalition besteht aus fünf Parteien. Mit jeder Partei wurde ein bilaterales Koalitionsabkommen vereinbart; einen gemeinsamen Koalitionsvertrag gibt es nicht. Diese Regelung gibt jeder Partei ein starkes Verhandlungsgewicht, sogar ein Vetorecht, wodurch ohne sie keine Regierung gebildet werden kann. Für die Verhandlungsführer des Likud bestand die Herausforderung darin, die einzelnen Abkommen und darin gefundenen Regelungen zur Regierungszusammensetzung und zu den politischen Inhalten miteinander vereinbar zu machen. Um diesen Prozess des Ausgleichs der Interessen zu ermöglichen, war es notwendig, eine Gesetzesänderung in der Knesset durchzubringen, um die Zahl der Minister\_innen von den 18 gesetzlich vorgeschriebenen auf 22 zu erhöhen. Nur so konnten alle personellen Wünsche der Koalitionspartner erfüllt werden.

Wenige Tage vor Ablauf der Frist zur Regierungsbildung verkündete der Vorsitzende der rechtsgerichteten Partei »Unser Haus Israel«, Avigdor Lieberman, seinen Verzicht auf einen Regierungsbeitritt und löste damit ein kleines politisches Erdbeben aus. Der Likud hatte vorher bereits mit den beiden orthodoxen Parteien und Kulanu Koalitionsabkommen abgeschlossen. Auf diese Weise gab diese unerwartete Wendung dem Vorsitzenden des »Jüdischen Heim«, Naftali Bennett, eine Steilvorlage für weitreichende Forderungen an den Likud, die Netanyahu angesichts der kurzen Frist bis zum Ablauf der Regierungsbildung erfüllen musste. So konnte sich das »Jüdische Heim« mit seinen Forderungen nach den Ministerposten für Justiz

und Erziehung durchsetzen. Auch die anderen Parteien konnten ihre Forderungen vorher weitgehend durchsetzen, was innerhalb des Likud zu heftigen Vorwürfen an Netanyahu führte, er habe die wichtigen Ministerposten den anderen Koalitionsparteien gewährt, während für den Likud nur unwichtige Ministerposten übrig geblieben und einige hoffnungsvolle Kandidaten überhaupt nicht mit einem Posten bedient worden seien.

So endete die vorzeitig herbeigeführte Parlamentswahl zwar mit einem überraschend guten Ergebnis für Netanyahu und den Likud (30 Sitze), aber die neue Regierung kann nur auf 61 der 120 Sitze in der Knesset zählen, weshalb ihr von vielen Beobachter\_innen keine lange gemeinsame Regierungszeit vorausgesagt wird. Der Oppositionsführer Herzog lehnte es trotz öffentlichen Drucks ab, der Koalition beizutreten und sagte: »Wir werden nicht das fünfte Rad am Wagen spielen und Netanyahu nicht helfen, sich aus dem Loch zu befreien, das er sich gegraben hat.« Laut Herzog wird die neue Regierung zu einem Verlust der Lebensqualität und des Zusammenhalts der israelischen Gesellschaft führen, Einschränkungen demokratischer Rechte für Frauen, Homosexuelle und Arbeiter\_innen bedeuten, die Medienfreiheit einschränken, die Unabhängigkeit der Justiz infrage stellen sowie den Siedlungsbau weiter vorantreiben.

### Wiederbelebung des Nahostfriedensprozesses?

In den vergangenen Jahren hat Netanyahu immer wieder den Konflikt mit den USA und Europa über die Zukunft des Friedensprozesses gesucht, sich durch ambivalente Positionen jedoch stets verschiedene Optionen offengehalten. Im Wahlkampf hat er sich nun klar positioniert und verkündet, dass es mit ihm keine Zwei-Staaten-Lösung geben werde. Er distanzierte sich von seiner Bar-Ilan-Rede aus dem Jahr 2009, in der er einen palästinensischen Staat in Aussicht gestellt hatte, und argumentiert nun, dass sich die politischen Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren durch den Aufstieg des Islamischen Staates und den Verfall der arabischen Nationalstaaten infolge des Arabischen Frühlings so stark verändert hätten, dass das Westjordanland unter israelischer Kontrolle bleiben müsse.

Schaut man sich seine Politik als Premierminister seit 2009 an, besteht wenig Anlass, seine Absage an einen

Palästinenserstaat nicht ernst zu nehmen. Die Siedlungen wurden in den Jahren seiner Regierungen konsequent weiter ausgebaut, und die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für die Palästinenser\_innen in der Westbank und Gaza haben sich weiter verschlechtert. Auch die neue Regierung gibt keinen Anlass zu großer Hoffnung auf Bewegung im Friedensprozess. Bennett hat im Wahlkampf offen die Annexion der C-Gebiete des Osloer Vertrages gefordert, während andere Vertreter\_innen der zukünftigen Koalitionsparteien immer wieder von einem Großisrael einschließlich der Westbank sprachen. All das verspricht für die Zukunft keinen moderateren Kurs.

Diese Entwicklung führt mehr und mehr zu einer Ein-Staaten-Realität. Die Zwei-Staaten-Lösung rückt zunehmend in weite Ferne und diejenigen, die sie vertreten, haben in der israelischen Gesellschaft einen immer schwächeren Rückhalt. Ursache dafür ist die Propaganda der Rechten, die einen palästinensischen Staat vor allem als Sicherheitsbedrohung darstellt. Auch die Ereignisse in der Region (der gescheiterte Arabische Frühling, der Islamische Staat, terroristische Bewegungen in vielen Ländern etc.) haben zu diesem Eindruck beigetragen. Notwendig wäre es, von internationaler Seite ein starkes Zeichen für die Zwei-Staaten-Lösung zu setzen, damit die innerisraelischen Friedenskräfte wieder Rückenwind bekommen.

Nach dem Gaza-Krieg demonstrierten die Anwohner\_innen aus der direkten Umgebung des Gaza-Streifens für eine diplomatische Lösung des Konflikts. Sie sind jedoch meistens Kibbuz-Bewohner\_innen, die der Arbeitspartei und Meretz nahestehen, und werden deshalb in der öffentlichen Meinung kaum wahrgenommen.

Die politische Linke in der Gesellschaft ist in dieser Frage deutlich schwächer geworden, auch weil sie während des Gaza-Krieges von 2014 massiv unter politischen Druck geriet. Die Regierung hat es geschafft, die öffentliche Meinung so zu beeinflussen, dass jegliche auch nur halbwegs kritische Auseinandersetzung über den Krieg als Verrat gebrandmarkt wurde.

In der neuen Regierung befinden sich verschiedene Kabinettsmitglieder, die eine Zwei-Staaten-Lösung klar ablehnen. Erziehungsminister Bennett von *HaBayit HaYehudi* hat in einem Artikel in der *New York Times* seine politische Position im Hinblick auf den Friedensprozess

deutlich gemacht. Unter der Überschrift »Zwei-Staaten sind für Israel keine Lösung« schlägt er einen Vier-Punkte-Plan mit folgenden Elementen vor:

- Die palästinensische Autonomie in den A- und B-Gebieten wird schrittweise ausgebaut, ohne dass es ein palästinensisches Militär und eine palästinensische Kontrolle über die Grenzen gibt;
- Ausbau der Infrastruktur in der Westbank, um wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen bei gleichzeitigem Abbau der Checkpoints und Kontrollen;
- Die C-Gebiete bleiben unter israelischer Kontrolle, allen palästinensischen Bewohner\_innen wird die israelische Staatsbürgerschaft angeboten und es gilt israelisches Recht;
- Nach Ansicht von Bennett ist Gaza bereits ein eigener Staat und damit nicht Teil dieses Plans.

Die gesamte palästinensische Bevölkerung in der Westbank wird auf 2,6 Millionen geschätzt, in den C-Gebieten leben ca. 200.000 bis 300.000 Palästinenser\_innen.

Mit diesem Plan formuliert Bennet ein politisches Projekt, das viel Rückhalt in der israelischen Bevölkerung hat und den Interessen derjenigen Siedler\_innen entgegenkommt, deren 125 Siedlungen ausschließlich in den C-Gebieten liegen. Die Zahl der Siedler\_innen in den C-Gebieten wird auf ca. 350.000 geschätzt; ihre Bevölkerungszahl übertrifft damit bereits jetzt die Zahl der Palästinenser\_innen in den C-Gebieten. Die C-Gebiete umfassen 60 Prozent der Landfläche der Westbank.

Der Vorstoß von Abbas, über die Vereinten Nationen (VN) eine neue Initiative für Verhandlungen mit Israel zu beginnen, wird von allen jüdischen politischen Parteien – außer Meretz – als einseitig abgelehnt. Man geht davon aus, dass der Status quo erhalten bleiben wird und weitere Waffengänge gegen Hamas zu erwarten sind. In den letzten Wochen häuften sich auch die Anzeichen einer zunehmenden Unsicherheit an den Nordgrenzen Israels.

Infolgedessen wird das Land international zunehmend politisch isoliert sein. Das dürfte auch Auswirkungen auf die israelische Wirtschaft haben. Desinvestitionen nehmen zu und israelische Unternehmen haben erhebliche Probleme, neue Märkte zu erschließen und Investoren zu finden. Aus diesem Grund ist die Reaktion der Wirtschaft auf das Wahlergebnis auch verhalten.

Der Wahlsieg bedeutet also, dass die Siedlungspolitik ungebremst weitergehen dürfte und ein neuer Anlauf im Friedensprozess nicht zu erwarten ist. Dies wird ein partnerschaftliches Verhältnis der internationalen Gemeinschaft zu einer neuen Regierung unter der Führung Netanyahus sehr schwierig gestalten. Dabei ist eigentlich klar, dass die nun fast 50 Jahre währende Besetzung des Westjordanlands nicht weitere 50 Jahre fortgeführt werden kann und für Israel weder ökonomisch noch strategisch Sinn ergibt.

Ebenso ist fraglich, ob die bisherige Politik tatsächlich zu mehr Sicherheit führt. In den Monaten nach dem Ende des Gaza-Kriegs wurden mehr Israelis durch Terrorakte getötet als in den zwei Jahren zuvor. Insgesamt hat es elf Tote und mehr als 100 Verwundete durch terroristische Aktionen gegeben. Die Attentäter handelten dabei allein oder in kleinen Gruppen, die zwar einen politischen Hintergrund haben, aber auf eigene Faust vorgehen. Diese Art von Attentaten stellt für die Sicherheitskräfte eine große Herausforderung dar, da sie im Voraus schwer zu erkennen sind.

### Kritische Sicht der Außen- und Sicherheitspolitik

Netanyahu hat auch die Funktion des Außenministers in der neuen Regierung übernommen. Er setzte Tzipi Hotovely als stellvertretende Ministerin ein, welche die tägliche Leitung des Ministeriums übernimmt. Sie ist streng national-konservativ und bekannt für die Ablehnung der Zwei-Staaten-Lösung. Ihre Aufgabe wird es sein, das zerrüttete Verhältnis zu den USA und Europa zu reparieren. Aber die Öffentlichkeit traut dem Außenministerium nicht viel zu. Nur 20 Prozent der Israelis sind mit der Art einverstanden, wie die Regierung die Beziehungen zum Ausland pflegt.

Besonders kritisch wird gesehen, dass die Handlungsfelder des Außenministeriums durch den Regierungschef stark beschränkt werden. So sind 48 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Diplomaten die Verhandlungen mit den Nachbarländern führen müssten. 26 Prozent dagegen meinen, dies obliege den Sicherheitsdiensten, wie es bei den jüngsten Verhandlungen über den Gaza-Konflikt in Kairo oder mit der Türkei der Fall war. 61 Prozent aller Befragten stimmen der These zu, dass die israelischen Außenbeziehungen nur durch Fort-

schritte im Friedensprozess mit den Palästinenser\_innen verbessert werden können. Und 69 Prozent denken, dass dabei eine regionale Kooperation mit arabischen Nachbarländern möglich ist. Nach der Verbesserung der Beziehungen zu den USA (36 Prozent) sehen die Israelis Friedensverhandlungen mit den Palästinenser\_innen als zweitwichtigste Priorität (34 Prozent) der Außenpolitik. Unter den befragten arabischen Israelis sehen 71 Prozent hier den wichtigsten Schwerpunkt.

Nur 13 Prozent der erwachsenen Israelis sind laut einer aktuellen Umfrage der Meinung, dass das Ansehen ihres Landes in der Welt gut ist. Mehr als 60 Prozent der Befragten glauben, dass Fortschritte im Nahost-Friedensprozess erreicht werden müssen, um die Außenbeziehungen Israels zu verbessern.

Bei der Frage, welche Länder in der Welt für Israel besonders wichtig sind, landete Deutschland auf dem dritten Rang. Die USA liegen hierbei mit 95 Prozent weit vorne (drei Nennungen waren möglich). Russland wurde von 34 Prozent der Befragten genannt, unter ihnen vor allem Sympathisant\_innen rechtsgerichteter Parteien. Dahinter folgt Deutschland (33 Prozent), das von vornehmlich links eingestellten Israelis als wichtig eingestuft wurde. Dabei spielt Deutschland bei 42 Prozent der Befragten eine besondere Rolle, die sich eher als weltlich einstufen, während es bei den bekennenden Religiösen nur 14 Prozent sind.

### Das Verhältnis zwischen Juden und Arabern in Israel

Israels Bevölkerung beträgt 8,3 Millionen, davon 6,2 Millionen Juden (75 Prozent) 1,7 Millionen Araber (21 Prozent) und 0,4 Millionen andere Bevölkerungsgruppen (4 Prozent). Das Bevölkerungswachstum wird vor allem von zwei Bevölkerungsgruppen getragen: den ultraorthodoxen Juden und den Arabern. Beide Bevölkerungsgruppen stellen jetzt schon ca. 30 Prozent der Bevölkerung und werden bis 2030 einen Anteil von 40 Prozent erreichen. Beide Gruppen zeichnen sich durch geringe Integration in den Arbeitsmarkt aus, was in der Konsequenz zu einer hohen Armutsrate führt. Juden europäischer oder amerikanischer Abstammung machen nur noch 36 Prozent der jüdischen Bevölkerung aus. Ihr Anteil wird bis 2030 auf unter 30 Prozent absinken.

Durch diese Bevölkerungsentwicklung verschärfen sich die Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb Israels, denen es in den Auseinandersetzungen zunehmend um völlig unterschiedliche Lebensentwürfe geht. Besonders die Situation der größten Minderheit, nämlich der arabischen Bevölkerung Israels, ist eine Herausforderung für die Politik. Während des jüngsten Gaza-Kriegs verschlechterte sich das Verhältnis zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerungsgruppe deutlich. Rassistische Äußerungen nahmen überhand und die arabische Bevölkerung fürchtet seitdem, dass sie immer stärker diskriminiert und ihr Status im Land immer mehr infrage gestellt wird.

Ein Lichtblick in dieser Beziehung ist Präsident Reuven Rivlin, der seit Juli letzten Jahres als Nachfolger des international anerkannten Shimon Peres im Amt ist und sich zur führenden moralischen Stimme der israelischen Politik entwickelt hat. Er bezeichnet die israelische Gesellschaft öffentlich als eine kranke Gesellschaft und tritt gegen Fundamentalismus, Rassismus, Intoleranz und für ein friedliches Zusammenleben von Juden und Arabern in einem demokratischen Staat ein. Allerdings ist er auch ein Gegner der Zwei-Staaten-Lösung und befürwortet einen einheitlichen Staat für Juden und Araber zwischen Mittelmeer und dem Jordan.

Anlässlich des Jahrestages des Massakers von Kafr Qasim an arabischen Einwohner\_innen des Dorfes im Jahre 1956 entschuldigte er sich mit den Worten: »Ich schwöre bei meinem Namen und den aller Nachfahren, dass wir niemals gegen das Prinzip der gleichen Rechte verstoßen werden und niemals versuchen werden, jemanden von seinem Land zu vertreiben.« Für seine Worte und Taten wird er heftig von der politischen Rechten angegriffen, aus der er als Likud-Mitglied selbst stammt. Die Angriffe gehen so weit, dass er auf Bildern mit einer arabischen Kopfbedeckung (*Kufiya*) abgebildet wird. So ist es auch Jitzchak Rabin ergangen, bevor er ermordet wurde.

Jüdischer Nationalismus trifft inzwischen auf eine breite Unterstützung im Land und erfährt in Umfragen mehr Zustimmung als Demokratie und Rechtsstaat. Vor diesem Hintergrund sind zunehmende rassistische Äußerungen in Schule und Gesellschaft zu sehen, die zur Radikalisierung auf beiden Seiten führen, bis hin zu gewalttätigen Anschlägen auf Synagogen, Moscheen und jüdisch-arabische Gemeinschaftsschulen. Dafür sind

nicht allein die zunehmenden religiösen Aufladungen des politischen und gesellschaftlichen Diskurses verantwortlich, sondern auch tiefergehende soziale Prozesse einer Gesellschaft im Wandel. Die nationale und religiöse Identität des Einzelnen und der Gemeinschaft, der Widerspruch zwischen Modernität und Bewahrung, die Fragen des Geschlechterverhältnisses, unterschiedliche Lebensstile und Teilhabe an oder Ausschluss von wirtschaftlichem Aufstieg sind Ausdruck dieser sozialen Herausforderungen Israels. Es erfordert große politische Anstrengungen der neuen Regierung, mit dieser Komplexität der Gesellschaft konstruktiv umzugehen.

### Jüdisches Nationalstaatsgesetz wieder auf der Tagesordnung

In der neuen Regierung gibt es Bestrebungen, das Jüdische Nationalstaatsgesetz wieder auf die Tagesordnung der Knesset zu setzen, obwohl Finanzminister Kahan (Kulanu) sich dagegen ausgesprochen hat. Jedoch wird erwartet, dass er letztlich doch zustimmen würde. Das Kabinett hatte den Entwurf im November letzten Jahres verabschiedet. Er wurde zum umstrittensten Gesetzentwurf seit vielen Jahren und war einer der Gründe, warum die Regierungskoalition zerbrach. Zu einer Abstimmung in der Knesset kam es nicht, weil die Regierungskoalition zu zerreißen drohte.

Der im Kabinett verabschiedete Gesetzentwurf stieß sowohl bei Teilen der Koalition als auch bei der Opposition auf heftigen Widerstand. Er wurde von den Kritiker\_innen als undemokratisch bezeichnet, weil er die arabische Bevölkerung und andere nicht-jüdische Minderheiten zu Bürger\_innen zweiter Klasse mache. Zudem wurde befürchtet, dass damit die rechtliche Grundlage für einen binationalen Staat gelegt werden solle, der eine Zwei-Staaten-Lösung verhindern würde. Der Charakter Israels als jüdischer Staat mit der Gleichheit aller Bürger\_innen vor dem Gesetz sei bereits in der Unabhängigkeitserklärung festgeschrieben und brauche keine weitere Ergänzung.

Kritik an diesem Gesetzesvorhaben kam u. a. von Präsident Rivlin, verschiedenen religiösen jüdischen Gruppen, aus Sicherheitskreisen und aus der Justiz. Vor dem Haus von Premierminister Netanyahu gab es Demonstrationen dagegen. Der Vorstoß von Netanyahu zu diesem Zeitpunkt wurde als Versuch interpretiert, von anderen Her-

ausforderungen abzulenken und seine eigene politische Basis für mögliche Neuwahlen zu mobilisieren.

Vertreter\_innen der Minderheiten, insbesondere der arabischen, sahen in diesem Gesetzentwurf den Versuch, sie als Bürger\_innen zweiter Klasse abzustempeln. Dieses Vorhaben könnte auf Kosten des gesellschaftlichen Zusammenhalts gehen und die Spannungen zwischen der jüdischen Mehrheit und der arabischen Minderheit weiter verschärfen. Allein durch die Diskussion um den Entwurf ist eine Dimension des Misstrauens zwischen den Bevölkerungsgruppen erreicht, die erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung Israels haben wird.

Mit einer Verabschiedung des Gesetzes würden die in den letzten 10 bis 15 Jahren erzielten Fortschritte in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration der arabischen Bevölkerung infrage gestellt. Die zunehmende Integration hat dazu geführt, dass in Umfragen fast 80 Prozent der arabischen Bevölkerung sagen, sie wollten israelische Staatsbürger\_innen bleiben. Diese positive Einstellung zum Staat Israel sollte Anlass für die neue Regierung sein, den Weg der Integration weiter zu beschreiten.

### Die wirtschaftliche Lage und Reformen

Obwohl Israels Wirtschaft im Vergleich zu anderen OECD-Ländern relativ hohe Wachstumsraten aufweist, liegt das Land beim *Better Life Index* der OECD an vierletzter Stelle, hinter Chile und vor Korea, Mexiko und der Türkei. Die OECD sieht die größten strukturellen Schwächen der israelischen Wirtschaft im Erziehungssystem, der umfassenden staatlichen Bürokratie und den Monopolstrukturen in der Wirtschaft. Auch die Arbeitsmarktstrukturen lassen zu wünschen übrig, die Produktivität ist abgesehen vom Hightech-Sektor niedrig, ebenso die Löhne und Sozialleistungen. Dementsprechend ist die Armut hoch; ca. 20 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze.

Durch den Gaza-Krieg von 2014 und die schwache internationale Konjunktur war die Wirtschaft zusätzlich unter Druck geraten. Das Wachstum betrug 2014 nur 2,6 Prozent und war das niedrigste der letzten fünf Jahre. Zur Ankurbelung der Konjunktur senkte die Zentralbank die Leitzinsen auf historisch niedrige 0,25 Prozent.

Der Gaza-Krieg hat die israelische Wirtschaft stark belastet. Die direkten Kosten werden auf ca. 3 bis 3,5 Milliarden Euro geschätzt, das entspricht ca. 1,2 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts. Die indirekten Kosten liegen deutlich höher. Der Tourismus ist durch den Krieg und die nachfolgenden Terrorakte in Jerusalem stark eingebrochen, ebenso Investitionen, Produktion und Handel. Im 3. Quartal sank das BIP um 0,1 Prozent; der erste Einbruch der Konjunktur seit fünf Jahren.

Obwohl Israel mit nur ca. 40 Prozent Auslandsverschuldung im internationalen Kontext sehr gut dasteht, wurde das internationale Kreditrating herabgesetzt. Damit wird die Neuverschuldung teurer. Als Gründe wurden von der Rating-Agentur das nachlassende Wirtschaftswachstum, die zusätzlichen Investitionen in militärische Sicherheit und die Zunahme des Haushaltsdefizits genannt. Zusätzlich wurden die gescheiterten Friedensverhandlungen und die Konfrontation mit Hamas als negative politische Faktoren in das Rating aufgenommen.

Auch die zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen für die jüdischen Siedler\_innen in Ost-Jerusalem belasten den Haushalt stark. Die Knesset hat nach den letzten Terrorakten das Budget dafür um ca. vier Millionen Euro erhöht. Die Gesamtausgaben für den Schutz der Siedler\_innen in Ost-Jerusalem belaufen sich inzwischen auf jährlich ca. 20 Millionen Euro.

In der neuen Regierung liegen die Hoffnungen der Reformer\_innen ganz auf Kulanu, der Partei von Moshe Kahlon. Netanyahu unterzeichnete das erste Koalitionsabkommen mit ihm. Darin sind zwei zentrale Punkte festgehalten: Kulanu strebt die Senkung der Kosten für Wohnungsbau und -miete, die Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten (Herabsetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel) und eine Reform des Bankensektors (mehr Wettbewerb) an. Dafür hat Kahlon um folgende Ministerposten gerungen: Er selbst wird Finanzminister und bekommt aus dem Innenministerium die Abteilung für Planung hinzu. Darüber hinaus bekommt Kulanu das Wohnungsbauministerium und das Umweltministerium. Der Vorgänger im Wohnungsbauministerium war Uri Ariel (Jüdisches Heim), der die Siedlungsaktivitäten in der Westbank stark vorangetrieben hat. Damit hat Kulanu die für erfolgreiche Reformen notwendigen Instrumente in einer Hand. Allerdings sind die Gegenkräfte im Kabinett stark und werden alles tun, um Kahlon und Kulanu nicht erfolgreich werden zu lassen.

## Die Alternativen von Arbeitspartei und Meretz zur Regierung

Die Opposition verfügt über 59 Sitze in der Knesset und hat damit angesichts der traditionell geringen Fraktionsdisziplin in der israelischen Politik einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Regierungspolitik. Die Arbeitspartei und Meretz bilden mit zusammen 29 Sitzen den größten Block. Beide Parteien sind sich darin einig, dass für die Zukunft Israels als jüdischer und demokratischer Staat die Zwei-Staaten-Lösung realisiert werden muss. Alle anderen Optionen wie die Annektierung großer Teile der Westbank, wie von Bennett vorgeschlagen, oder die faktische Entstehung eines einheitlichen binationalen Staates zwischen Mittelmeer und Jordan würden dem zionistischen Gedanken widersprechen und letztlich auch Israels Charakter als Nationalstaat des jüdischen Volkes verändern. Meretz tritt zudem für eine Anerkennung des palästinensischen Staates durch die VN ein. Die Anerkennung durch die VN sei die Voraussetzung für die Aufnahme von ernsthaften Verhandlungen und gleichzeitig eine vertrauensbildende Maßnahme gegenüber den Palästinenser\_innen. Die Arbeitspartei sagt hingegen, Israel solle der erste Staat sein, der Palästina anerkenne.

Darüber hinaus treten beide Parteien für ein striktes Vorgehen gegen jede Art von Aufstachelung und Rassismus durch die extreme Rechte ein. Sie verlangen von der Regierung eine offizielle Antwort auf die Arabische Friedensinitiative von 2002, die im Gegenzug für einen vollständigen Rückzug aus den besetzten Gebieten eine Normalisierung der Beziehungen der arabischen Staaten zu Israel in Aussicht gestellt hat. Sie halten es darüber hinaus für notwendig, eine vollständige Integration der arabischen Bevölkerung in die israelische Politik und Gesellschaft zu fördern.

Um 20 Jahre nach der Ermordung Rabins und dem Terrorismus der Intifada mit diesem Programm wieder mehrheitsfähig zu werden, muss die Linke ihre Basis in der israelischen Gesellschaft deutlich verbreitern. Nachdem es lange so schien, dass die Unterstützung in der israelischen Gesellschaft für ihre Vorstellungen abnehmen würde, gibt es inzwischen wieder gesellschaftliche Gruppen wie *Women Wage Peace* oder die Anwohner\_innen des westlichen Negev, die verstärkt für ein Aufbrechen des auf Dauer unhaltbaren Status quo und eine diplomatische Lösung des Konflikts eintreten. Das gibt Anlass zur Hoffnung.



## Anhang

### Die Kabinettsliste der 34. Israelischen Regierung

Premierminister Minister für Kommunikation Minister für Auswärtige Angelegenheiten Minister für Gesundheit Minister für Regionale Zusammenarbeit	Benjamin Netanyahu	Likud
Stellvertr. Premierminister Minister für Innenpolitik	Silvan Shalom	Likud
Ministerin für Gender, Jugend, Minderheiten und Senioren	Gila Gamliel	Likud
Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	Uri Ariel	HaBayit HaYehudi (Jüdisches Heim)
Minister für Bau und Wohnungswesen	Yoav Gallant	Kulanu
Ministerin für Kultur und Sport	Miri Regev	Likud
Minister für Verteidigung	Moshe Ya'alon	Likud
Minister für Erziehung Minister für die Diaspora	Naftali Bennett	HaBayit HaYehudi (Jüdisches Heim)
Minister für Umweltschutz	Avi Gabai	Kulanu (kein Knesset-Mitglied)
Minister für Finanzen	Moshe Kahlon	Kulanu
Minister für Einwanderung und Eingliederung Minister für Jerusalem und Denkmalschutz	Zeev Elkin	Likud
Minister für Geheimdienste und Nuklearenergie Minister für Transport und Verkehrssicherheit	Yisrael Katz	Likud
Minister für Tourismus	Yariv Levin	Likud
Minister für Innere Sicherheit Minister für Information Minister für Strategische Angelegenheiten	Gilad Erdan	Likud
Ministerin für Justiz	Ayelet Shaked	HaBayit HaYehudi (Jüdisches Heim)
Minister für Nationale Infrastruktur, Energie und Wasser	Yuval Steinitz	Likud
Minister für religiöse Dienste	David Azoulay	Shas
Minister für Wissenschaft, Technologie und Weltraum	Danny Danon	Likud
Minister für Wirtschaft Minister für die Entwicklung des Negev und Galiläas	Aryeh Machluf Deri	Shas
Minister für Wohlfahrt und soziale Dienste	Haim Katz	Likud
Minister ohne Geschäftsbereich	Ofir Akunis	Likud

In den Koalitionsabkommen wurde festgelegt, dass Likud nicht mehr als zwölf Minister stellen darf, sodass es zu Mehrfachzuständigkeiten kommt. Die folgenden stellvertretenden Minister werden unter Premierminister Netanyahu die jeweiligen Ministerien leiten, ohne Ministerrang zu haben:

- Tzipi Hotovely, Likud, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
- Yaakov Litzman, Vereinigtes Torah-Judentum, Ministerium für Gesundheit. Seine Partei übernimmt formal keinen Ministerposten, weil sie einen säkularen Staat ablehnt.
- Ayoub Kara, Likud, Ministerium für Regionale Zusammenarbeit



## Wahlergebnisse der 20. Knesset-Wahlen 2015

Partei	Stimmen	Stimmanteil in %	Sitze	+/- gegenüber 2013
Likud	985.408	23,4	30	+12
Zionistische Union	786.313	18,67	24	+3
Gemeinsame (Arabische) Liste	446.583	10,61	13	+2
Yesh Atid	371.602	8,82	11	-8
Kulanu	315.360	7,49	10	neu
Jüdisches Heim (HaBayit HaYehudi)	283.910	6,74	8	-4
Shas	241.613	5,74	7	-4
Unser Haus Israel (Yisrael Beiteinu)	214.906	5,1	6	-7
Vereinigtes Torah-Judentum	210.143	4,99	6	-1
Meretz	165.529	3,93	5	-1

Vorsitzende wichtiger Knesset-Ausschüsse:

- Der bisherige stellvertretende Minister im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Tzachi Hanegbi (Likud), wurde (gegen seinen Willen) zum Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses und des Koalitionsausschusses ernannt. Damit kommt ihm eine zentrale Funktion in der Koalition zu. In einem ersten Interview erklärte er, dass er nicht davon ausgehe, dass diese Koalition für die vollen vier Jahre der Legislaturperiode halten werde.
- Vorsitzender des Finanzausschusses wurde Moshe Gafni, Vereinigtes Torah-Judentum. Ihm wird zugetraut, dass er – anders als sein Vorgänger vom Jüdischen Heim – weniger Mittel in den Siedlungsbau in der Westbank fließen lässt.



## Über den Autor

**Dr. Werner Puschra** ist langjähriger Mitarbeiter der FES und seit 2013 Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Herzliya, Israel.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Felix Eikenberg, Referent für Israel

Tel.: ++49-30-269-35-7423 | Fax: ++49-30-269-35-9233  
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.nahost@fes.de](mailto:info.nahost@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-95861-201-3